

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (21)



3. Juli 2024

Sehr geehrte Leser:innen! Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Zwei Themen bestimmten den Kreistag am 2. Juli 2024: Die Schließung des Mathilden-Hospitals in Büdingen und die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft.

● Jetzt – da zum 30. Juni der Betrieb des Somatik am Mathilden-Hospital eingestellt wurde – war dem letzten Kommunalpolitiker aufgefallen, dass die medizinische Versorgung zur Daseinsfürsorge gehört. Selbst der FDP. Bei einer Kundgebung in Büdingen am 31. Mai forderte die Kreistagsabgeordnete der FDP, Frau Rahn-Farr, dass der Bergmann Konzern nicht nur wirtschaftlich denken möge. Er hätte schließlich auch eine gesellschaftliche soziale Verantwortung. Und sie stand mit dieser Forderung nicht allein. Auch die Vertreter von CDU, SPD und Freien Wählern bliesen ins selbe Horn. Irgendwie rührend! Wer hat denn die Gesetze gemacht, die die Privatisierungen im Gesundheitsbereich ermöglichen? Wer will denn immer den Vorrang für die Privaten? Aber wenn es die eigene Region betrifft und eventuell Wählerstimmen kostet, dann muss man sich gut darstellen.

● Nachdem es so aussah, als wolle der Kreis seinen Beschluss für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft wieder aufheben, kam es nun zu einer positiven Wende. Die zukünftige Kreisbeigeordnete Marion Götz erarbeitete einen neuen Vorschlag. Sie beantragte in dieser Kreistagsitzung erneut einen Grundsatzbeschluss für eine WoBau. Im Vorfeld hatte sie ihr Vorhaben bei allen Kreistagsfraktionen vorgestellt. Wir haben zugestimmt.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Debatte zur Schließung des Mathilden-Hospitals Büdingen
Antrag DIE LINKE.: Der Wetteraukreis soll sich der Klage des Kreiskrankenhauses Groß Gerau für eine auskömmliche Finanzierung von Krankenhäusern anschließen!
2. Der Wetteraukreis plant den Kauf der Bad Nauheimer Anteile des GZW
3. Konzept zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft
4. Weiterführung des Projekts „Demokratie leben“
5. Bildung eines Arbeitskreises für Regionalpartnerschaften – Linke wird ausgeschlossen!
6. Antrag Freie Wähler: Erklärung zur kommunalen Unterfinanzierung
7. Antrag Die Grünen: Unterstützung des Wetteraukreises für die Arbeit mit queeren Jugendlichen
8. Antrag Die Grünen: Digitale Integrationsplattform

RÜCKLICHT

Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand!

In Büdingen sind am 31. Mai 2024 mehr als 400 Menschen zusammengekommen, um für den Erhalt des Mathilden-Hospitals zu demonstrieren. Vertreter:innen von CDU, Freie Wähler, SPD und FDP kündigten an, für den Erhalt zu kämpfen. Sie forderten, dass der private Krankenhauskonzern Bergman soziale Verantwortung übernehmen muss.

Welch eine Augenwischerei! Denn der erste Fehler ist schon gewesen, dass die Klinik privatisiert wurde. Ein international aufgestellter Konzern, wie Bergman, betreibt keine Klinik aus sozialer Verantwortung! Sondern weil er damit Geld verdienen will! Mit dem Gewinn werden die Aktionäre bedient und die Eignerfirmen!

Und wenn so ein Krankenhaus nicht genug Profit abwirft, wird es geschlossen. Alle diese Parteien haben Gesetze gemacht, mit deren Hilfe die privaten Konzerne wirtschaftliche Entscheidungen treffen können und sich nicht ums Gemeinwohl scheren brauchen. Und genau das machen die jetzt. Bitter!



Usagassenfest



Einladung zum Sommerfest
vor dem Roten Laden, Friedberg, Usagasse 26

Musik * Plaudern * Essen * Trinken * Spaß * Politik * Glücksrad * Internationales Fest



7. September 2024

ab 15 Uhr

DIE LINKE.

Kreisverband Wetterau

POLITISCHE LIEDER
MIT LIEDERMACHER
NIKLAS FREITAG

Usagasse 26, 91193 Friedberg



Am 7. September ist das zehnte Usagassenfest!

Gleich nach den Sommerferien findet das 10. Usagassenfest der Wetterauer Linken in Friedberg statt. Es ist ein internationales Fest, mit Live-Musik, Glücksrad, Essen, Trinken und gemütlichem Flair. Ein junger Liedermacher – Niklas Freitag – stellt seine politischen Lieder vor. Ein Highlight ist das Sinti-Swingtett von Ricardo Laubinger und der Sinti-Union Hessen.

Danach kann man das Tanzbein schwingen zu den fetzigen Klängen von „The Indefinit Articles“ (Die unbestimmten Artikel). Es ist sicher für alle was dabei! Politik gibt es auch. Interessierte können sich eine Ausstellung zu 75 Jahre Grundgesetz ansehen und mit den Kreistagsabgeordneten der Linken diskutieren. Wer möchte, kann seine Initiative oder sein Projekt auf dem Fest vorstellen. Sprechen Sie uns an! Die Adresse finden Sie am Ende dieser „Post aus dem Kreistag“. Die Linke Jugend, die Initiative „Wetterauer Aktion Frieden“ und der Verein „SOS-Sozialsprechstunde im Roten Laden“ planen schon einen Informationsstand.

Debatte zur Schließung des Mathilden-Hospitals Büdingen

Die Somatik des Büdinger Mathilden-Hospitals wurde zum 30. Juni 2024 geschlossen. Der Eignerkonzern Bergman will eine psychiatrische Klinik in dem Gebäude eröffnen. Damit fallen nicht nur die kostenintensiven Abteilungen wie Chirurgie, Innere Medizin, HNO und Intensivstation weg, sondern auch die Notaufnahme. Am 31. Mai fand in Büdingen eine Demonstration statt, an der viele Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben. Vertreter von CDU, SPD, FDP, Freien Wählern und Grünen bekundeten, sie wollen für die Klinik kämpfen. Der Bergman-Konzern dürfe nicht nur wirtschaftlich agieren, er habe auch eine Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger. Man erwartete von der Landesregierung, dass sie die Schließung verhindert. Und deshalb wurde eine Delegation nach Wiesbaden entsandt.

Welche Enttäuschung! Die Landesregierung machte deutlich, dass sie keinen Einfluss darauf nehmen kann, welche wirtschaftlichen Entscheidungen der private Konzern trifft. Außerdem hatte sie bereits den Auftrag der Grundversorgung für das Mathilden-Hospital zurückgezogen. Vorausgegangen war ein Gutachten der Hessenagentur. In diesem wird festgestellt, dass die Büdinger Klinik zur Sicherstellung der somatischen Versorgung nicht benötigt wird. Die Auslastung lag zuletzt bei 39 Prozent. Und in Notfällen hat der Rettungsdienst schon länger andere und besser ausgestattete Krankenhäuser angefahren.

Wieso die Klinik derart in die Bredouille geraten konnte und welche Unternehmensentscheidungen dieser Entwicklung zugrunde liegen, wurde nicht bekannt. Doch wenn man ein bisschen recherchiert, bekommt man das heraus: Bergman Clinics ist ein Holländischer Konzern, der ein riesiges Klinik-Netzwerk in den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen und Deutschland umfasst. Das lockte die Heuschrecke Triton Investments Advisers LLP aus London an. Triton investierte bei Bergman. Natürlich nicht zum Selbstzweck, sondern mit dem Ziel, ein profitableres System durchzusetzen: Ambulante medizinische Dienstleistungen.

Diese Geschäftstaktik passt hervorragend zu der geplanten Krankenhausreform des Gesundheitsministers. Ambulante medizinische Dienste kosten eben weniger Geld. Und überhaupt ist es billiger, die medizinische Versorgung vorrangig in den Städten zu zentralisieren. Ob das den Menschen nützt, sei dahingestellt. Für den Konzern und den Heuschrecken-Investor ist das Ganze jedenfalls profitabel.

Anträge:

1. Die Koalition aus SPD und CDU beantragte, dass der Wetteraukreis eine Informationsveranstaltung in Büdingen durchführen soll. Die „Situation im Rettungsdienst und der Notfallversorgung“ sollen den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt werden. Und dazu soll auch ein Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung eingeladen werden, „um über die medizinische Versorgungslage und den ärztlichen Bereitschaftsdienst zu informieren.“

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Auch wir haben diesem Antrag zugestimmt. Eine Informationsveranstaltung ist das Mindeste, was man machen sollte. Was aber dort auch besprochen werden müsste ist, dass der ärztliche Bereitschaftsdienst in Büdingen noch dieses Jahr eingestellt wird. Und dann? Welche Maßnahmen hier ergriffen werden, interessiert die Bürgerinnen und Bürger sicherlich sehr.

Der Büdinger Bürgermeister Harris hat den Antrag eingebracht. Dabei berichtete er, dass er mit der Bundeswehr Kontakt aufgenommen und sich erkundigt hat, ob nicht ein Militärhospital aufgemacht werden könnte. Wegen der Wiedereinführung der Wehrpflicht wäre ja ein größerer Bedarf zu erwarten. Die Bundeswehr hat abgelehnt.



2.

Die FDP beantragte eine schnellst mögliche Übernahme des Büdinger Krankenhauses durch das Gesundheitszentrum Wetterau. Zumindest soll der Kreisausschuss das prüfen.

Das ist noch abenteuerlicher, als die Bundeswehr als Retter anzuhauen. Die Büdinger Klinik hat keinen Grundversorgungsauftrag mehr. Das Land hat ihn aberkannt. Die Folge ist, dass keine Verhandlungen mit den Krankenkassen geführt werden können, kein Geld refinanziert wird und somit die Grundlage für einen Krankenhausbetrieb entfällt. Würde das Gesundheitszentrum Wetterau (GZW) das Mathilden-Hospital übernehmen, käme es unweigerlich selbst in eine unverantwortliche finanzielle Schieflage.

Zugestimmt haben wir einem Passus des Antrags, der fordert, dass der Kreisausschuss „die Folgen für die wohnortnahe Notfallversorgung“ erkunden und darüber im Ausschuss berichten soll. Wie es mit der Notfallversorgung weitergeht ist eine wichtige Frage.

3.

Die Freien Wähler und die FDP beantragten, dass der Kreisausschuss das Gutachten der Hessenagentur für den Kreistag anfordern soll. Dem haben wir zugestimmt.

4.

Die Grünen beantragten lediglich, dass man die Lage nach der Schließung der Somatik „im Auge behalten“ soll. Die künftige Entwicklung soll dokumentiert werden. „Sollten sich dabei spürbare Verschlechterungen belegen lassen, wären die Zahlen zugleich Grundlage für Forderungen nach Nachsteuerung und Verbesserungen.“

Warum die Grünen derart defensiv sind, wurde später in der Debatte deutlich: siehe unten.

Antrag DIE LINKE.: Der Wetteraukreis soll sich der Klage des Kreiskrankenhauses Groß Gerau für eine auskömmliche Finanzierung von Krankenhäusern anschließen!

Unsere Fraktion hatte nie die Illusion, dass der private Bergman-Konzern seine Entscheidung zur Schließung des Mathilden-Hospitals rückgängig machen würde oder dass das Land was rettet. Unser Anliegen ist es, das Gesundheitszentrum Wetterau (GZW) vor den Folgen der Gesundheitspolitik des Bundes zu schützen. Auch das GZW arbeitet defizitär. Der Wetteraukreis als Träger muss bis zu 5 Millionen Euro für 2023 zuschießen.

Wenn 80 Prozent der Krankenhäuser in Deutschland Verluste einfahren, dann ist es endgültig Zeit, Druck zu machen für eine auskömmliche Finanzierung! Deshalb haben wir beantragt, dass sich der Wetteraukreis einer Klage des Kreiskrankenhauses Groß Gerau anschließen soll.

Der Antrag im Wortlaut und mit Begründung ist hier zu finden:

<https://die-linke-wetterau.de/wetterau-soll-sich-der-klage-des-kreiskrankenhauses-gross-gerau-anschiessen/>

Dies war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
es gibt ein Krankenhausfinanzierungsgesetz und das fordert die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser ein, um die Bevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen.
Das Gesetz gilt natürlich auch in schwierigen Perioden, etwa wenn aufgrund von Corona oder wegen dem Anstieg der Betriebskosten die Geldmittel knapp werden. Nirgends steht, dass bei steigenden Kosten oder aufgrund von Umverteilungen im Bundeshaushalt, auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung und die auskömmliche Finanzierung der Kliniken verzichtet werden darf. Das wäre in einem der reichsten Länder der Erde auch eine ziemlich schräge Sicht der Dinge! Dennoch sind inzwischen in Deutschland 80 Prozent der Kliniken unterfinanziert. Fast 70 Prozent der Krankenhäuser sehen dadurch ihre Existenz gefährdet.
Spätestens jetzt ist es nicht mehr angebracht, dass Krankenhausträger und lokale Politiker:innen dazu weiterhin schweigen. Wir würden hier dann dazu schweigen, dass die medizinische Versorgung der Menschen in der Fläche nicht mehr gewährleistet ist.
Das Grundgesetz schreibt gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land vor. Das verlangt keine Gleichmacherei - aber dass die medizinische Versorgung faktisch in den Zentren konzentriert wird, und dass der Zugang zu lebensrettenden Maßnahmen dort viel besser ist als auf dem Land, das ist sicher nicht mit „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ zu bezeichnen.
Meine Damen und Herren,
Zu dieser - schon länger andauernden - Entwicklung, zu den Privatisierungen und zum unzureichenden Finanzierungssystem ist sowieso schon viel zu lange geschwiegen worden!
Wir finden es sehr gut, dass das Kreiskrankenhaus Groß Gerau den Schritt einer Klage gewagt hat und auf die gesetzlichen Bestimmungen pocht.
Ein dauerndes Defizit kann weder ein Krankenhaus noch ein Landkreis dauerhaft tragen. Die Landkreise und Kommunen sind ja selber chronisch unterfinanziert.
Und was für den Landkreis Groß Gerau gilt, gilt auch bei uns. Auch der Wetteraukreis kann auf Dauer die Defizite seines Gesundheitszentrums GZW nicht ausgleichen.
Es braucht eine auskömmliche Finanzierung und entsprechende Maßnahmen des Bundes. Und die können nicht irgendwann kommen. Das sollten auch wir hier aus der Wetterau deutlich machen!
Die Klage des Kreiskrankenhauses Groß Gerau wird inzwischen von der Hessischen Krankenhausgesellschaft unterstützt.
Der dortige Geschäftsführer beklagt das Rekordniveau der Krankenhausinsolvenzen. Er macht die derzeitigen Rahmenbedingungen dafür verantwortlich und bemängelt, dass Bund und Land keine Verantwortung für diese Misere übernehmen. Das sei kein akzeptables Staats- und Rechtsverständnis. Wir bräuchten eine Qualitätssicherung für Gesetze.
Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Auch andere Krankenhausverbände unterstützen die Klage oder haben selbst geklagt. Wir haben einige davon in unserer Antragsbegründung aufgeführt.

Meine Damen und Herren,

dass die Klage des Kreiskrankenhauses Groß Gerau so viel Aufsehen erregt hat, zeigt, wie hoch der Druck überall ist. Und das ist angesichts der Lage gut so! Der Wetteraukreis sollte sich dieser Klage anschließen.

Der Antrag wurde abgelehnt. Die Freien Wähler haben sich enthalten.

Debatte:

Alle Fraktionen bedauerten die Schließung des Mathilden-Hospitals. Doch man müsse jetzt nach vorne sehen. Der Wetteraukreis ist zuständig für den Rettungsdienst. Der müsse jetzt rasch für den Ostkreis ausgebaut werden. Damit habe die Verwaltung schon begonnen.

Insbesondere der Grünen Fraktion war es wichtig, dass die Bevölkerung nicht beunruhigt wird. Alle sollen sich politisch defensiv verhalten und der Realität ins Auge blicken. Es sei sowieso nichts mehr zu ändern.

Die Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Jäger, nahm zu unserem Antrag Stellung: Man solle abwarten, wie die Klage des Kreiskrankenhauses Groß Gerau beschieden wird. Im Erfolgsfall könne man immer noch selbst eine Klage einbringen.

Wir haben uns dann doch noch in die Debatte eingemischt mit dieser Rede:

Meine Damen und Herren, Sie wiederholen jetzt hier dauernd, dass man der Realität ins Auge sehen muss. Ja, das muss man. Aber Ihre Realität lässt wichtige Punkte aus!

Ein privater Konzern entscheidet wirtschaftlich. Und es waren Ihre Parteien, die Gesetze gemacht haben, die in der Daseinsfürsorge Privatunternehmen bevorzugen und Privatisierungen ermöglicht haben. Jetzt sind Sie in der Zwickmühle! Jetzt müssen Sie zur „Sachlichkeit“ und zur „Realitätssicht“ aufrufen, um die Schließung irgendwie schmackhaft zu machen.

Am 31. Mai forderten Ihre Parteienvertreter auf der Kundgebung in Büdingen den Konzern auf, doch sozial zu denken und das Gemeinwohl zu berücksichtigen. Besonders die FDP tat das lautstark. Ausgerechnet die FDP! Die Vorkämpferin für Privatisierungen!

Meine Damen und Herren, es waren Ihre Parteien, die auf Bundes- und Landesebene den Gesundheitssektor zur Ware gemacht und der Profitlogik unterworfen haben. Jetzt macht der Bergman-Konzern genau das. Das ist bitter aber folgerichtig.

Und Frau Jäger, noch ein paar Worte zur Unterstützung der Klage: Sie wollen abwarten.

Abwarten, wie die Klage ausgeht. Wie feige ist das denn? Wie wäre es mal mit Rückgrat und Haltung? Statt das Kreiskrankenhaus Groß Gerau zu unterstützen, ducken Sie sich feige weg und lassen andere für sich kämpfen?! Sich bloß nicht positionieren! Sollen sich andere verbrennen! Wir bleiben in Deckung! Man weiß gar nicht, was man zu dieser kleinmütigen unsolidarischen Haltung sagen soll. Da fällt mir nichts mehr ein!

Im Haupt- und Finanzausschuss nahm der Geschäftsführer des GZW zu unserm Antrag Stellung. Er wollte aus taktischen Gründen derzeit die Klage nicht unterstützen. Man habe beim Land Hessen einen Antrag auf Förderung laufen. Da sei eine Klage vielleicht hinderlich. Zu einem späteren Zeitpunkt könne man immer noch klagen. Ob das die richtige Taktik ist?

Der Wetteraukreis plant den Kauf der Bad Nauheimer Anteile des GZW

In einer gemeinsamen Sondersitzung des Sozialausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses wurden die Abgeordneten darüber informiert, dass der Wetteraukreis zukünftig alleine Träger des Gesundheitszentrums Wetterau (GZW) sein wird. Derzeit hält der Wetteraukreis 85 Prozent der Geschäftsanteile und die Stadt Bad Nauheim 15 Prozent.

Bad Nauheim gibt nun das Hochwaldkrankenhaus ab. Den Ausgleich der Defizite kann die Stadt nicht mehr stemmen.

Der Kreis kauft die städtischen Anteile für 1 Million Euro rückwirkend zum 1.1. 2024. Die Ausfallbürgschaften der Stadt für das GZW betragen 1,75 Millionen Euro und werden vom Kreis übernommen. Ebenso Darlehen in Höhe von 4,1 Millionen Euro. Die Immobilie der Gourmet-Werkstatt kauft der Kreis für 4,2 Millionen Euro. Zudem werden zwischen 4 und 8 Millionen Euro Grunderwerbsteuer fällig.

Der Transfer soll im Oktober im Kreistag beschlossen werden. Dazu ist ein Nachtragshaushalt nötig. Für die Kosten wird der Kreis keine Fördergelder oder Zuschüsse erhalten. Dazu kommt, dass es für die baulichen Investitionen noch ein 30-Millionen-Defizit auszugleichen gilt.

Konzept zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

Wird es doch noch eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft geben? Zumindest wurde in dieser Kreistagssitzung ein Grundsatzbeschluss gefasst. Die WoBau soll in drei Stufen umgesetzt werden: 1. Beschluss einer Förderrichtlinie. Damit sollen Wohnraum-Erhaltungsmaßnahmen in Ortskernen gefördert werden. Aber auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

2. Eine GmbH soll im zweiten Schritt gegründet werden – zunächst um Kommunen bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu beraten, zu begleiten und zu unterstützen. Zum Beispiel bei der Akquise von Fördermitteln.

Und 3. soll die GmbH selbst sanieren und bauen.

Wir haben dazu diese Rede gehalten:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
die Linke Fraktion bedankt sich ausdrücklich bei der neuen Kreisbeigeordneten Marion Götz für die Arbeit und auch das ehrenamtliche Engagement für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft.

Wir waren ja die Initiatoren und seit zehn Jahren die Treiber in dieser Angelegenheit.

So wissen wir zu schätzen, dass es nach jahrelanger Verzögerung endlich so scheint, als käme Bewegung in die Sache.

Ich möchte heute nochmal hervorheben, warum es wichtig ist, dass auf allen Ebenen um bezahlbaren Wohnraum gerungen wird.

Derzeit fehlen bundesweit mindestens 700.000 Sozialwohnungen. In den Jahren nach der Bundestagswahl sind 20.000 gebaut worden. Pro Jahr waren 100.000 im Koalitionsvertrag vereinbart worden! Aber gebaut werden teure Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser.

Die Wohnungsnot im unteren Preissegment wird einfach hingenommen. Dazu leben 9.5 Millionen Menschen hierzulande auf zu engem Raum. Das ist ungefähr jeder Zehnte. Und das hat besonders negative Auswirkungen auf die Kinder.

Damit die ärmere Bevölkerung überhaupt noch Wohnraum findet, subventioniert die öffentliche Hand die geirigen Vermieter. Schauen Sie sich den Posten „Kosten der Unterkunft“ im Kreishaushalt an!

Es wird also Zeit, das Problem zur Kenntnis zu nehmen!

Meine Damen und Herren,

wir haben gut verstanden, dass sich die Kommunen – insbesondere die Ostkreiskommunen – an den bisherigen Plänen zur WoBau nicht beteiligen wollten. Wer findet es schon gut, wenn man faktisch kein Mitspracherecht hat aber zu unklaren Zahlungen verpflichtet wäre?!

Der neue Entwurf entspricht mit der ersten Umsetzungsstufe den unterschiedlichen Herausforderungen in den Städten und Gemeinden. Das ist gut.

Jetzt sind wir natürlich noch skeptisch, ob es zu den Entwicklungsstufen 2 und insbesondere 3 kommt. Das werden wir kritisch im Blick behalten.

Doch dem heutigen Grundsatzbeschluss wird unsere Fraktion zustimmen.

Dieser Grundsatzbeschluss wurde endlich mit Mehrheit gefasst. Nur die AfD stimmte dagegen.

Weiterführung des Projekts „Demokratie leben“

„Demokratie leben“ ist ein Projekt der Bundesregierung. Aber wie das bei Projekten immer der Fall ist, laufen sie irgendwann aus. Dann können die Akteure vor Ort sehen, woher das Geld zur Weiterführung kommt. Es geht um 140.000 Euro jährlich. Bisher hat das Bundesinnenministerium 90 Prozent finanziert, das Land 12.000 Euro und der Wetteraukreis 1.400 Euro.

Jetzt sollen weitere Fördermittel beantragt werden. Ob die angefragten Stellen – das Bundesinnenministerium und die Fachstelle gegen Extremismus beim hessischen Innenministerium – das Geld bewilligen, bleibt abzuwarten. Der Kreis sagte seinen Anteil weiterhin zu.

Der Tagesordnungspunkt war der Aufreger der AfD und rechten fraktionslosen Abgeordneten. Dass die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte und Organisationen eher gegen rechts wirkt, haben sie heftig angeprangert.

Bildung eines Arbeitskreises für Regionalpartnerschaften: Linke wird ausgeschlossen!

Es geht eigentlich um Regionalpartnerschaften mit Israel und mit dortigen jüdischen Gemeinden. Dieses Ansinnen bringt seit längerem die FDP in den Kreistag ein. Wir haben das immer unterstützt. Aber wir wollten keine Partnerschaften mit Vertretern der rechten israelischen Regierung und deren Gliederungen, sondern mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern einsetzen. Dazu haben wir bereits früher entsprechende Organisationen vorgeschlagen. Das scheint nicht allen Beteiligten gefallen zu haben.

Der Kreistag muss den Arbeitskreis einsetzen. Jetzt wurde ohne Aussprache ein Beschluss

gefasst, der uns aus dem Arbeitskreis verdrängt. Zukünftig besteht der Arbeitskreis aus 11 Mitgliedern und untersteht dem Haupt- und Finanzausschuss. Alle Fraktionen außer der Linken können Vertreter:innen entsenden.

Natürlich sind wir nicht damit einverstanden, dass die linke Fraktion bei diesem Arbeitskreis ausgeschlossen wird. Das Vorgehen ist keine demokratische Verfahrensweise.

Zur nächsten Kreistagssitzung werden wir versuchen, eine Erweiterung der Anzahl der Arbeitskreismitglieder zu erreichen.

Antrag Freie Wähler: Erklärung zur kommunalen Unterfinanzierung

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat gemeinsam mit 17 seiner Kommunen eine Resolution an die Bundesregierung geschickt. Sie beklagen die Unterfinanzierung der kommunalen Ebene. Immer mehr gesetzliche Aufgaben sollen vor Ort sicher gestellt werden aber das Geld dafür wird nicht ausreichend zur Verfügung gestellt. In der Resolution werden Beispiele aufgezählt. Eines davon: Der Bund beschließt ein Recht der Eltern auf Kinderbetreuung, das Land stellt 6 Stunden Kitabesuch kostenfrei - aber bezahlen müssen die Kommunen. Eigentlich sollte die Finanzierung zu je einem Drittel von Bund, Land und Kommunen getragen werden. Doch inzwischen zahlen die Kommunen 75 Prozent der Kosten alleine.

Und das gilt für viele Bereiche: Ganztagsanspruch in den Schulen, Flüchtlingsaufnahme, Wohngeldaufwertung, Kinder- und Jugendhilfe, usw. Dadurch sind die Städte und Gemeinden finanziell überfordert.

Der Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises schreibt: „Für viele Bürgerinnen und Bürger sind wir als kommunale Verwaltungen der erste Anlaufpunkt des Staates. Wenn wir vor Ort versagen, weil wir unsere Aufgaben finanziell nicht mehr erfüllen können, versagt der Staat im Maschinenraum der Demokratie.“

Das gilt natürlich auch hier im Wetteraukreis. 12 von 26 Kommunen des Wetteraukreises konnten keinen ausgeglichenen Haushalt aufstellen. Leistungen können nicht erbracht werden, obwohl sie gesetzlich garantiert sind.

Die Freien Wähler beantragten, dass der Wetteraukreis auch eine solche Erklärung verfassen soll. Es soll nun konkret zusammengetragen werden, wie viel Geld bei den Zuweisungen fehlt, um die Aufgaben erfüllen zu können. Mit dieser Bedarfsermittlung will man an Bund und Land herantreten.

Die linke Fraktion unterstützte den Antrag der Freien Wähler. Es wäre zu begrüßen, wenn auch der Wetteraukreis die Unterfinanzierung nicht mehr nur verwalten würde, sondern sich daran beteiligt, Druck für eine auskömmliche Finanzierung zu machen.

Dennoch wollen wir etwas Wasser in den Wein gießen: Alle Parteien, außer den Freien Wählern, sind in Bund und Land in der Regierung. Diese Parteien sind dafür verantwortlich, dass Hunderte Milliarden im Bundeshaushalt für Steuergeschenke an große Unternehmen aufgewendet werden und dass mit der so genannten „Zeitenwende“ eine beispiellose Militarisierung eingeleitet wurde. 85 Milliarden werden jährlich für Rüstung ausgegeben – man spricht bereits von 100 und 130 Milliarden jährlich. Bei diesen Haushaltsposten wird ja keineswegs geizt!

Diese Tatsachen gehören zum Gesamtbild grundlegend dazu. Und wenn man die Mißstände einer kommunalen Unterfinanzierung anprangert, sollte man auch nach den Ursachen fragen.

Antrag Die Grünen: Unterstützung des Wetteraukreises für die Arbeit mit queeren Jugendlichen

Die Grünen beantragten, dass ein Projekt weitergeführt wird: „Queere Jugendliche im ländlichen Raum“. Es geht um 10.000 Euro im Jahr. Damit sollen das Queer-Café Bad Vilbel und der Queer-Treff im Friedberger Junity arbeiten können. Diesen Betrag sollte der Wetteraukreis bereitstellen. Doch die Koalition aus SPD und CDU lehnte das gemeinsam mit den rechten Parteien ab.

Antrag Die Grünen: Digitale Integrationsplattform

Die Grünen lobten die Plattform INTEGRAT, weil sie vielfältige Informationen zusammenfassen und bereitstellen kann. Migrant:innen könnten alle möglichen Informationen in ihrer Sprache abrufen. Ebenso Flüchtlingshelfer:innen.

Mal abgesehen davon, dass eine solche Plattform gut gepflegt werden muss, hatten wir noch einen anderen Einwand:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wir haben nichts gegen eine Integrations-App einzuwenden. Wir würden aber dringend darauf aufmerksam machen, dass eine digitale App nicht die einzige Informationsquelle sein darf! Wir wissen aus der Sozialsprechstunde des Vereins SOS, dass nur ein Teil der Migrantinnen und Migranten digitale Geräte hat, die wirklich leistungsfähig sind. Das können sich nämlich viele überhaupt nicht leisten: Weder einen ausreichenden Vertrag noch ausreichende Geräte. Informationen müssen gebündelt werden – das sehen wir auch so. Aber das muss auch durch analoges Material geschehen, das zum Beispiel beim Ausländeramt ausliegt. Am besten in den gängigsten Sprachen.
Wir werden uns bei diesem Antrag enthalten.

Auch ein Aufregerthema für die rechte Seite im Saal: Eine Unterstützung zur Integration wurde von AfD und den Fraktionslosen abgelehnt. Der „Heimat“-Abgeordnete Lachmann forderte stattdessen eine APP für Abschiebeflüge.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter! Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber